

**„Wege aus der Krise - unser Sachsen-Anhalt-Plan  
für die Zukunft“**

**Regierungserklärung**

**von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff  
in der Landtagssitzung vom 11. Juni 2020**

**Sperrfrist: Beginn der Rede!  
Es gilt das gesprochene Wort!**

(Anrede!)

Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten in diesem Haus immer wieder mit einem beherrschenden Thema beschäftigt – der Ausbreitung des Corona-Virus. Und wir haben gemeinsam Wege gefunden, uns dieser Herausforderung zu stellen. Nun gibt es einen Lichtstreif am Horizont, die Fallzahlen in Sachsen-Anhalt sind deutlich gesunken. Wir haben die Phase hinter uns gelassen, in der wir immer wieder auf neue Situationen und Probleme binnen kurzer Zeit reagieren mussten. Wir haben die Lage gut im Griff, aber zwei Urlaubsrückkehrer aus Schweden und schon hat Magdeburg nach vier Wochen Coronafreiheit wieder mehrere Fälle. Dennoch ist Zeit für eine Bilanz, aber vor allem für den Blick in die Zukunft. Denn eines ist gewiss: Das Covid19-Virus ist keineswegs Geschichte. Die Auswirkungen der Pandemie werden uns in allen gesellschaftlichen Bereichen noch lange beschäftigen, in Sachsen-Anhalt, in Deutschland, ja überall auf der Welt.

Zunächst jedoch liegt mir eines besonders am Herzen. Ich möchte von dieser Stelle aus allen Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhaltern meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Ihnen ist es zu verdanken, dass wir bislang in unserem Land vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen sind: Weil Sie solidarisch waren mit ihren Mitmenschen. Weil Sie in der überwältigenden Mehrzahl Verständnis für die getroffenen Maßnahmen gezeigt und sie befolgt haben. Weil Sie jeder an seinem Platz dazu beigetragen haben, dass das öffentliche Leben trotz mancher Herausforderungen und Einschränkungen nicht zum Erliegen kam, ob in Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Pflegeheimen, in der Versorgung mit Lebensmitteln und wichtigen Gütern, in der Kinderbetreuung oder in anderen wichtigen Bereichen. Ich bin mir sicher, wir werden uns diesen Gemeinsinn bewahren. Und gemeinsam werden wir auch die Folgen der Coronapandemie bewältigen.

Dafür weist Sachsen-Anhalt günstige Voraussetzungen auf. Unser Land ist relativ dünn besiedelt und es gab wenige Einreisen aus Hochrisikogebieten. So konnten sich keine großen Hotspots ausbilden. Zum anderen haben wir frühzeitig und entschlossen reagiert und gemeinsam mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten keine Sekunde locker gelassen. Dies war nur möglich durch eine gute Abstimmung sowohl mit dem Bund als auch mit den Kommunen, aber natürlich auch mit den Verbänden und mit Fachleuten und Wissenschaftlern. Ich denke hier z. B. an die Leopoldina, unsere Nationale Akademie der Wissenschaften. Auch hierfür meinen herzlichen Dank.

Von Anfang an gab es im Hinblick auf die Covid19-Pandemie drei Prämissen für uns:

1. durch entschlossene Maßnahmen die weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern,

2. die Schäden abmildern, die durch das Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens unweigerlich entstehen und
3. ein zeitnahes Reagieren auf die Verlaufsentwicklung, verbunden mit einer Öffnungsstrategie auf der Basis unseres Sachsen-Anhalt-Plans.

Mit einem Paket verschiedener Maßnahmen haben wir dafür gesorgt, die sekundären Folgen der Pandemie abzumildern. Ich denke hier nur an den Nachtragshaushalt vom 30. März im Umfang von 500 Mio. €, mit dem wir auch die Corona-Soforthilfe für Unternehmen auf den Weg bringen konnten. Insgesamt haben die Unternehmen in Sachsen-Anhalt bislang rund 283 Mio. € Zuschüsse bekommen. Das ist weit mehr als früher in manchem Konjunkturprogramm mobilisiert worden ist.

Ich denke aber auch an die Soforthilfen für Künstler oder die Notbetreuung in den Kindertagesstätten und Horten, mit der wir ermöglicht haben, dass Eltern in systemrelevanten Bereichen weiter ihrer Tätigkeit nachgehen konnten. Zudem haben wir den Kommunen zum 10. Mai rund 283 Mio. € zur Verfügung gestellt. Dazu haben wir die Leistungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz in Höhe von 212 Mio. €, die am 10. Dezember fällig gewesen wären, auf den 10. Mai vorgezogen. Zum selben Termin haben wir auch die zweite Rate der Investitionspauschale und die erste und zweite Rate der Kommunalpauschale, insgesamt 71 Mio. €, ausgezahlt.

Weitere Beispiele ließen sich nennen, doch lassen Sie mich den Blick in die Zukunft richten. Die Menschen in Sachsen-Anhalt, die Unternehmen in unserem Land, alle die von der Pandemie auf die eine oder andere Weise betroffen sind, haben ein Recht darauf zu erfahren, wie es weitergehen soll. Und sie erwarten von uns, dass wir dafür die Rahmenbedingungen setzen. Die Landesregierung wird dazu wie auch schon in den vergangenen Monaten ihren Beitrag leisten.

Erfreulich ist, das zeigt die aktuelle Umfrage des MDR, dass wir von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ein gutes Zeugnis für das Agieren in der Krise bekommen haben. Die Umfrage zeigt jedoch auch, dass der weitere Umgang mit der Corona-Pandemie durchaus umstritten ist. 52% wollen an den Einschränkungen festhalten, 45% wünschen sich größere Lockerungen. Zudem machen sich 65% der Menschen Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung im Land. Ich kann Ihnen versichern, die Landesregierung nimmt diese Probleme sehr ernst und wird weiter wohlüberlegt und verantwortungsbewusst agieren.

Wichtig ist, dass wir uns über die Lage im Klaren sind. Solange es keinen Impfstoff oder wirksame Medikamente gibt, ist Covid19 eine reale Gefahr. Wir können daher, trotz rückläufiger Fallzahlen, derzeit nicht einfach zum Alltag übergehen, so als wäre nichts geschehen. Beispiele aus anderen Bundesländern, zuletzt in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, haben gezeigt, dass unter bestimmten Bedingungen und bei Missachtung der Hygieneregeln jederzeit mit einem lokalen Wiederaufflammen der Infektionen gerechnet werden muss.

Deshalb ist wichtig: Gefährden wir unsere Erfolge nicht. Das heißt, halten wir uns weiter gemeinsam an die Auflagen und die Abstands- und Hygieneregeln. Das muss der Grundkonsens sein, an dem wir unser Handeln ausrichten. Wir werden weiter mit den Kommunen und den Gesundheitsämtern die Lage genau beobachten und angemessen reagieren.

Um bei möglicherweise wieder steigender Fallzahl einen erneuten exponentiellen Anstieg der Coronainfektionen frühzeitig erkennen und schnellstmöglich eindämmen zu können, haben wir schon vor dem Bund ein effizientes Testkonzept auf Covid19 entwickelt. Zugleich dient es dazu, Menschen mit erhöhtem Infektions- oder Erkrankungsrisiko zu schützen. Hierzu gehören vor allem Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie Menschen in Alters- und Pflegeheimen. Die dafür im Land erforderlichen Laborkapazitäten wurden geschaffen und können bei Bedarf auf ca. 15.000 Tests pro Tag gesteigert werden. Den Gesundheitsämtern dienen die zielgerichteten Testungen zur Verbesserung der Kontaktpersonennachverfolgung und um weitere Maßnahmen zur Unterbrechung von Infektionsketten zu veranlassen.

Zugleich haben wir Schwellenwerte festgelegt, die ein erneutes Aufwachsen der Lage rechtzeitig anzeigen sollen. Abhängig vom Ausmaß der Überschreitung erfolgt die Einleitung von erforderlichen, aber auch jeweils angemessenen Maßnahmen zur Eindämmung des Geschehens bereits ab einem Schwellenwert von fünf Fällen pro 100.000 Einwohner.

Derzeit befinden wir uns allerdings in der glücklichen Lage, zurückgehende Fallzahlen zu verzeichnen. So stellt sich momentan immer stärker die Frage, wie wir mit den Folgen der Pandemie auf unser Leben umgehen und wie wir gemeinsam die Wirtschaft in unserem Sachsen-Anhalt wieder in Schwung bringen.

Bislang zeigt sich bei uns ein moderater Anstieg der Arbeitslosenzahlen. So lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 8,2%. Im Mai 2019 waren es 7,1%. Allerdings verzeichnen wir einen deutlichen Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter. Es ist also dringend geboten, den Folgen der Pandemie für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt gegenzusteuern.

Unser Ziel ist es, sobald als möglich die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre auf dem Arbeitsmarkt fortzusetzen. Das heißt Rückführung der Kurzarbeit und Rückkehr zu Arbeitslosenquoten, die nahe an der Vollbeschäftigung sind. Dazu wird es auch notwendig sein, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft pandemiefest werden können. Das kann heißen, Arbeit und Wertschöpfungsketten anders zu organisieren, mehr Abstand oder auch Nutzung der Chancen der Digitalisierung. Hier sind vor allem die Unternehmen selber gefordert. Aber natürlich braucht ein solcher Prozess Unterstützung.

Bereits Mitte Mai habe ich mich daher mit einem Schreiben an die Bundeskanzlerin gewandt, die bisher auf drei Monate beschränkten Soforthilfen des Bundes fortzuführen. Und ich habe eine Strategie für Branchen gefordert, bei denen ein konjunktureller Nachholeffekt nicht zu erwarten ist wie z. B. die Tourismus- und Beherbergungsbranche, die Gastronomie sowie das Schaustellergewerbe und die Veranstaltungsbranche.

Unser Ziel muss es sein, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der zur Krisenbewältigung getroffenen Schutzmaßnahmen möglichst gering zu halten. Unter diesem Aspekt begrüße ich das in der vergangenen Woche von der Bundesregierung vorgestellte Konjunkturprogramm. Es ist ein wichtiger Schritt zur Belebung der Konjunktur nach den Coronafolgen. Besonders wichtig ist mir, dass bei den branchenübergreifenden Überbrückungshilfen die Besonderheiten der stark betroffenen Branchen wie z. B. Gastronomie, Hotellerie, Reise-, Messe-, Catering- und Veranstaltungswirtschaft berücksichtigt werden.

Hier ist aber auch ein Bereich berührt, wo jeder einzelne von uns etwas tun kann. Nach der Aufhebung des Lockdowns und angesichts der geringen Zahl von Neuinfektionen besteht kein Grund, sich einzuigeln. Verzagtheit wäre fehl am Platz. Wir brauchen Zuversicht und Zutrauen. Nutzen wir also die sich bietenden Möglichkeiten. Besuchen wir wieder Restaurants und Theater oder Kinos. Machen wir Urlaub im Harz oder an Saale und Unstrut. Kaufen wir wieder ein bei den regionalen Händlern vor Ort und investieren wir in die Zukunft, indem wir unseren Handwerkern Aufträge erteilen. Nur dann nimmt das gesellschaftliche Leben wieder Fahrt auf. Das Geld allein aus Vorsorgegründen auf die hohe Kante zu legen und die Sparquote weiter zu erhöhen, wäre in dieser Situation kontraproduktiv. Genauso ist die Rückkehr in den Normalmodus von Kita, Schule und Arbeit Voraussetzung für die Überwindung weiterer Einkommensverluste in den betroffenen Familien.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung bietet eine solide Basis. Es beinhaltet knapp 60 Einzelmaßnahmen. Mit einem Volumen von etwa 130 Mrd. Euro werden zum einen konjunkturelle Impulse gesetzt und von der Corona-Pandemie betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unterstützt. Zum anderen werden diese Mittel auch dabei helfen, Deutschland fit für die Zukunft zu machen, weil sie in Investitionen und Innovationen insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und klimafreundliche Technologien fließen werden. Gerade auf dem Gebiet der Energiewende waren und sind wir in Sachsen-Anhalt Vorreiter. Das betrifft die Nutzung regenerativer Energien, das betrifft auch die Forschung, z. B. im Bereich des grünen Wasserstoffs. Wirtschaftlicher Aufschwung, eine moderne Industrielandschaft und Klimaschutz gehören zusammen. Das wollen und werden wir in Sachsen-Anhalt unter Beweis stellen.

Positive konjunkturelle Impulse wird gewiss die Absenkung der Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte setzen, die Nachfrage soll angekurbelt werden. Gut auch, dass die Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen verlängert werden. Sehr positiv sehe ich weitere Entlastungsmaßnahmen wie die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40% oder die Maßnahmen zur Senkung der EEG-Umlage. Auch die höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung sind sehr zu begrüßen.

Als Erfolg werte ich auch, dass sich der Bund nun mit 50 statt bisher 40% an den Kosten der Zusatzversicherungssysteme der DDR beteiligt. Dass hier der Bund – unabhängig von der Corona-Pandemie – in der Verantwortung ist, hatte ich immer gefordert. Insofern ist dies ein Schritt in die richtige Richtung, denn die Ostländer sind nicht Rechtsnachfolger der DDR, sondern der Bund. Von daher ist hier der Bund generell in der Pflicht.

Lassen Sie mich noch einen Aspekt des Programms nennen, den ich für sehr wichtig halte und von dem wir in Sachsen-Anhalt profitieren können: Das Zukunftspaket mit den Zukunftsinvestitionen. Ich begrüße sehr, dass hier ein Schwerpunkt auf den Bereich grüner Wasserstoff gelegt wird. Hier sind wir in Sachsen-Anhalt mit verschiedenen Vorhaben dabei und daher erwarte ich auch für unser Land einen weiteren Schub nach vorn.

Gleiches gilt für den Pharma- und Medizintechnikbereich. Ich denke z. B. an Unternehmen wie IDT oder Bayer mit ihren Produktionsstätten in unserem Land. Hier gibt es Impulse nicht nur zur Bewältigung der Coronakrise, sondern auch für die Entwicklung innovativer Impfstoffe und Medikamente der Zukunft, denn wir müssen uns darauf einstellen, immer häufiger von neuen oder seltenen Erregern heimgesucht zu werden.

Unabhängig vom Konjunkturprogramm und der Bewältigung der aktuellen Krisenfolgen sollte die Corona-Pandemie aber auch Anlass sein, über grundlegende Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nachzudenken. Manches wird auch nach der Bewältigung der Pandemie anders sein müssen als zuvor.

So müssen wir uns Gedanken machen über die weltweiten Wertschöpfungsketten. Wir brauchen Redundanz bei wichtigen Produkten, vor allem im medizinischen Bereich. Es kann nicht sein, dass wir allein von Lieferungen aus dem Ausland abhängig sind. In Sachsen-Anhalt haben wir z. B. das Mercer-Zellstoffwerk in Arneburg. Es muss doch möglich sein, Atemschutzmasken in ausreichendem Umfang auch in Deutschland zu produzieren und – das ist der nächste Punkt – zu bevorraten.

Wir müssen schauen, wie wir den Bereich Tourismus und Reisen pandemiegerecht gestalten. Wir müssen den Breitbandausbau forcieren, so dass öffentliche Einrichtungen wie Schulen hohe Bandbreiten zur Verfügung haben. Da sind wir in Sachsen-Anhalt dran. Bis Ende kommenden Jahres werden alle Schulen schnelles Internet besitzen. Es gibt nur zwei Ländern, in denen das mit der Telekom vertraglich gesichert ist: Sachsen-Anhalt und Bayern. Aber auch die privaten Haushalte benötigen ein schnelles Netz. Hier wird in den kommenden Monaten weiter kräftig investiert werden.

Und wir müssen schauen, wie wir das öffentliche Leben pandemiefest machen. Wichtig ist es Persönlichkeitsrechte zu schützen und Freiheitsrechte zu achten. Ihre Wahrnehmung, das hat die Pandemie gezeigt, darf aber nicht das Leben anderer bedrohen. Es darf hier nicht das Recht des Stärkeren über die Schwachen, wie Alte oder Kranke, triumphieren. Sie benötigen besonderen Schutz und unsere Solidarität.

In allen diesen Fragen müssen wir uns eng zwischen Bund, Ländern und der EU abstimmen. Denn neben dem Bund setzt die EU wichtige Rahmenbedingungen. Wünschenswert wäre hier, dass die aufgrund der Krise geschaffenen Sonderregelungen (u. a. beschleunigte Genehmigung staatlicher Beihilfen) über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängert werden. Denn es ist klar, dass die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen über diesen Stichtag hinaus bestehen werden. Zudem sollte die EU eigenkapitalstärkende Unterstützungsmaßnahmen auch für diejenigen Unternehmen zulassen, die nach der EU-Definition infolge der Krise ein Unternehmen in Schwierigkeiten geworden sind.

Am 28. Mai hat die EU-Kommission zusammen mit einem geänderten Entwurf für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 einen Vorschlag für einen Aufbauplan nach der Covid19-

Pandemie mit einem Umfang von 750 Mrd. Euro beschlossen. Er soll die Mitgliedstaaten bei Investitionen und Reformen unterstützen, die Wirtschaft in der EU durch private Investitionen ankurbeln und zur Umsetzung der Lehren aus der Krise beitragen. Dies ist sehr zu begrüßen.

Andererseits zeigen sich aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen bereits jetzt deutliche Verzögerungen beim Einsatz der EU-Fördermittel in Sachsen-Anhalt. So können Förderprojekte nicht wie geplant durchgeführt werden und auch die Auszahlung der EU-Fördermittel hat sich erheblich verlangsamt. Erfreulich ist daher, dass die EU-Kommission zu erkennen gegeben hat, dass die Corona-Pandemie als höhere Gewalt eingeschätzt werden kann und die staatlich ergriffenen Schutzmaßnahmen zu besonderen Umständen führen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass die EU die sogenannte n+3-Regelung im Jahr 2020 aussetzt oder dass die Kommission für alle Fonds gleichermaßen etwaige Zielverfehlungen auf Grund „höherer Gewalt“ unwiderleglich vermutet, und zwar ohne zusätzlichen Begründungsaufwand auf Ebene der Vorhaben und der Fondsverwaltungen. Andernfalls droht europaweit eine Verfehlung der Vorgaben der Mittelverausgabung bis zum 31. Dezember 2020.

Für alle EU-Fonds sollte darüber hinaus ein zweijähriger Übergangszeitraum – ggf. analog den aktuellen Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik – eingeräumt werden, mit dem Grundsatz: neues Geld nach altem Recht. Dadurch würde es möglich, die geplanten Förderprojekte trotz der coronabedingten Verzögerungen noch innerhalb der Förderperiode abzuschließen und zudem den Druck zur Umsetzung der neuen Förderperiode zu verringern. Die Mitgliedsstaaten sollten dabei selbst entscheiden können, ob und wieviel Geld sie in dieser Übergangszeit aus dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen beanspruchen wollen, um die eingetretenen Verzögerungen zu kompensieren.

Da wir nicht wissen, wie lange die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie dauern wird, wäre es auch an der Zeit, die zuweilen überbordenden EU-rechtlichen Förderbedingungen entscheidend zu reduzieren. Schon im „Normalbetrieb“ ist es trotz einer leistungsfähigen Verwaltung kaum möglich, allen Anforderungen gerecht zu werden. Die von der EU-Kommission vorgelegten Verordnungsentwürfe stellen einen richtigen Schritt in Richtung Vereinfachung dar. Es wäre gut, wenn die EU-Kommission noch weitere Schritte gehen würde.

(Anrede!)

ein weiterer Bereich, in dem es gravierende Auswirkungen der Coronakrise gibt, sind ohne Zweifel die Schulen und die Kinderbetreuung. Die vergangenen Wochen bedeuteten für das gesamte Schulwesen eine enorme Herausforderung. Nie zuvor waren wir einer Situation ausgesetzt, die es erforderlich machte, alle Schulen in Sachsen-Anhalt über einen längeren Zeitraum zu schließen. Lehrkräfte, Eltern und natürlich auch die Schülerinnen und Schüler haben mit Kreativität und viel Engagement gemeinsam dazu beigetragen, dass trotzdem Wissen vermittelt werden konnte. Dazu mussten in kürzester Zeit neue Wege beschritten und besondere Angebote entwickelt werden. Das Land hat dazu auch dadurch beigetragen, dass wir Lohnersatzleistungen übernehmen, wenn jemand keine Notversorgung in der Kita oder Schule organisieren konnte. Mein Dank an alle, Lehrer wie Eltern, die Bildung auch in der Pandemiezeit ermöglicht haben.

In dieser Woche kehren wir an den Grundschulen zu einem eingeschränkten Regelbetrieb zurück und unterrichten dauerhaft alle Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Dieser Prozess soll am kommenden Montag abgeschlossen werden. Die Klassen werden in festen Räumen nur vom vertrauten Personal unterrichtet. Darüber hinaus soll der Kontakt zwischen den Klassen vermieden werden. Zentral bleiben die Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen.

Alle weiterführenden Schulen werden bis zum Schuljahresende weiter im regelhaften Wechselmodell von Präsenz- und Fernunterricht beschult. Durch die Vorgabe, die Gruppen zu halbieren, soll eine hohe Präsenz der Schülerinnen und Schüler in den Schulen ermöglicht werden.

Mit diesen Regelungen werden wir das laufende Schuljahr beenden. Es ist derzeit zu früh, darüber zu spekulieren, wie das kommende Schuljahr, das am 27. August beginnt, verlaufen wird. Das Infektionsgeschehen der kommenden Wochen wird uns den Rahmen vorgeben. Unser Ziel ist es aber, das kommende Schuljahr möglichst unter regulären Bedingungen und ohne weitere Einschränkungen hinsichtlich der Präsenz der Schülerinnen und Schüler zu starten. Gute Bedingungen für das Lernen und ein Unterricht auf hohem Niveau, das wird auf jeden Fall auch künftig ein Markenzeichen unseres Heimatlandes Sachsen-Anhalt sein.

Die vergangenen Monate haben die Möglichkeiten des Fernunterrichts rasant an Bedeutung gewinnen lassen. An jeder Schule sind Ideen und Konzepte entstanden, um die Schülerinnen und Schüler auch in der Abwesenheit beschulen zu können. Das Land unterhält mit dem Landesbildungsserver ein breites Angebot an Unterstützungssystemen, die von weiteren Anbietern wie der Schulcloud des Bundes ergänzt werden. Diese Unterstützungssysteme gilt es nun

weiter auszubauen. Im Rahmen des Digitalpakts Schule laufen hierzu die entsprechenden Planungen zu landesinternen aber auch länderübergreifenden Maßnahmen.

Ich bin der Bundesregierung dankbar, dass die Länder kurzfristig in die Lage versetzt werden, die Bemühungen zum Digitalpakt um ein Sofortausstattungsprogramm zu ergänzen. Die Landesregierung hat dieses Angebot sehr gern angenommen und wird die Kofinanzierung für alle Schulträger zentral übernehmen. Derzeit arbeiten wir gemeinsam mit den Spitzenverbänden daran, die zur Verfügung stehenden 15 Millionen Euro für Endgeräte umzusetzen. All diese Maßnahmen werden die Schulen in unserem Land verändern. Sie werden das schulische Angebot ergänzen und erweitern. Das Land wird diesen Prozess eng begleiten.

Klar ist aber auch, die Maßnahmen werden die Lehrkraft vor der Klasse nie ersetzen können. Denn eine Konsequenz aus der Krise ist völlig klar, eine Schule ohne Lehrerinnen und Lehrer und ohne Schülerinnen und Schüler ist nicht denkbar.

(Anrede!)

Handlungsbedarf besteht auch hinsichtlich der Finanzen. Was die Landesfinanzen betrifft, stehen uns in diesem und im kommenden Jahr für die Bekämpfung der Folgen der Pandemie genügend Haushaltsmittel zur Verfügung. Da eine akute Notlage vorliegt, können wir konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen durch eine Kreditfinanzierung ausgleichen. Wir müssen hier also nicht das Falsche tun und der Rezession hinterher sparen. Gleichwohl wird es ab 2022 einen deutlichen Konsolidierungsbedarf geben und wir tun gut daran, uns bereits jetzt darauf vorzubereiten.

Auch bei den Haushalten der Kommunen gibt es durch Ausfälle bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommens- und Umsatzsteueranteilen Mindereinnahmen. Diese werden für das Jahr 2020 wohl bei über 200 Mio. € liegen. Genaue Daten sind erst mit der außerordentlichen Steuerschätzung vom September zu erwarten. Mit den Regelungen des Konjunkturpaketes des Bundes werden die Kommunen nun eine Kompensation für die krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle erhalten, hälftig finanziert durch Bund und Länder. Hier wäre darauf zu achten, dass dies auch im Finanzausgleichssystem seinen Niederschlag findet, damit die besondere Situation der wirtschaftlich schwächeren Bundesländer beim Ausgleich der Steuerausfälle berücksichtigt wird.

Mit unserem Nachtragshaushalt haben wir den Kommunen bereits 125 Mio. € zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus planen wir – und hier hat selbstverständlich der Landtag das letzte

Wort - § 161 des Kommunalverfassungsgesetzes um eine Verordnungsermächtigung zu ergänzen. Mit ihr soll das Innenministerium regeln können, dass Kommunen kurzfristig Liquiditätskredite zur Sicherung ihrer Zahlungsfähigkeit auch über den in der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag aufnehmen können.

Auch der Bereich Kunst und Kultur ist von der Corona-Pandemie besonders betroffen, zum einen durch das Ausbleiben der Besucher, gerade auch internationaler, und zum anderen durch die Beschränkungen bei Ausstellungen oder im Theaterbereich. Hier steuert das Land bestmöglich gegen.

So wird in diesen Tagen die Beantragung von Fördermitteln aus dem Programm „Kultur ans Netz“ möglich. 1.000 € monatlich für insgesamt bis zu drei Monate können ausgereicht werden. Insgesamt stehen sechs Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus werden wir unser Engagement im Bereich Ausstellungsförderungen und Stipendien verstärken.

Die Maßnahmen zur Bewerbung unseres UNESCO-Welterbes werden wir in diesem Jahr von der Ansprache eines internationalen Publikums auf die Binnenwerbung und die Förderung von Kulturprojekten mit UNSECO-Bezug umstellen. Wie in vielen anderen Bereichen nutzen wir zudem Möglichkeiten der digitalen Präsentation von Kunst und Kultur. Unser Sachsen-Anhalt hat viel zu bieten. Das können wir stärker auch online dokumentieren. So haben alle unsere Stiftungen im Kulturbereich bereits interessante Angebote präsentiert. Und der Kinder- und Jugendkulturpreis des Landes wird in diesem Jahr wie gewohnt vergeben werden, allerdings wird die Preisverleihung am 6. Juli online per Videostream zu verfolgen sein.

Vergessen wir darüber hinaus nicht: Auch der Kulturbereich wird vom Konjunkturprogramm des Bundes profitieren. Es sieht Unterstützung bei der Wiederaufnahme kultureller Programme vor, wird die Kulturinfrastruktur stärken sowie Nothilfen und Mehrbedarfe sichern und digitale Angebote fördern.

Bei allem, was sich durch die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus ändert, lege ich jedoch Wert darauf, dass wir in wesentlichen Bereichen Kontinuität wahren und es keine Abstriche gibt. Das betrifft z. B. die Maßnahmen und Projekte, die im Zusammenhang mit dem Strukturwandel im Braunkohlerevier stehen. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung stellt für viele Unternehmen, Kommunen und die Bevölkerung im Revier eine zusätzliche Herausforderung dar. Die Landesregierung wird sich auch in Zeiten der Pandemie für einen erfolgreichen Strukturwandel einsetzen. Dazu werden im Land gegenwärtig die strategischen und organisatorischen Weichen gestellt. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für ein

baldiges Inkrafttreten des Strukturstärkungsgesetzes ein, um die Förderung des Mitteldeutschen Reviers schnellstmöglich beginnen zu können.

Gleiches gilt für die Herausforderungen auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft. So ist die Lage hier nach Jahren der Dürre ohnehin angespannt. Liquiditätsprobleme der Betriebe wurden durch die Coronakrise verschärft. Sie bietet jedoch auch die Chance, neue Wege zu beschreiten. So setzen wir in Sachsen-Anhalt weiter auf die Stärkung der regionalen Produktion. Auch hier bringt das Konjunkturprogramm des Bundes wertvolle Hilfen. Ich begrüße es sehr, dass der Bund Mittel für die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und die Digitalisierung der Forstwirtschaft bereitstellt. Wir werden diese gemeinsam für unser Sachsen-Anhalt sinnvoll zu nutzen wissen. Außerdem zeigt sich, dass Umwelt- und Gesundheitsschutz untrennbar mit einander verbunden sind. Die Reduzierung von Luftverschmutzungen wirkt sich positiv auf den Verlauf von Atemwegsinfektionen aus. Daher ist z. B. die Reduzierung der Feinstaubbelastung praktizierter Gesundheitsschutz.

(Anrede!)

Die Corona-Pandemie war und ist eine große Herausforderung, auch für uns in Sachsen-Anhalt. Wir haben diese Herausforderung angenommen und unser Land bislang gut durch die Krise gesteuert. Das soll und wird auch künftig so sein. Für Verzagtheit gibt es keinen Grund. Die Unterstützung durch Bund und EU, aber auch die Besinnung auf unsere eigenen Stärken, machen es uns möglich, die Krise als Chance zu begreifen. Wir wollen sie nicht nur bewältigen, sondern Sachsen-Anhalt stärker und moderner machen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns dies gelingt.